

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 3/2018

30. Juli 2018



Liebe Leserinnen und Leser,

Der Stuttgarter Landtag verabschiedet sich in die parlamentarische Sommerpause. Es ist Zeit, Halbzeitbilanz über die Arbeit der grün-schwarzen Landesregierung zu ziehen. Obwohl fast die Hälfte der Legislaturperiode vergangen ist, vermisste ich nach wie vor ein tragfähiges Konzept oder wenigstens wegweisende Ideen, wie unser Land für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet werden kann. Kein Wunder - zeichnet sich die Landesregierung doch hauptsächlich durch gegenseitiges Misstrauen und Querelen innerhalb der beiden Regierungsfractionen und -parteien aus.

Dabei warten viele politische Großbaustellen dringend auf ein lösungsorientiertes und effektives Regierungshandeln. Die von „Digitalisierungs“-Minister Thomas Strobl (CDU) groß angekündigte „umfassende Digitalisierungsstrategie“, die Baden-Württemberg zur digitalen Leitregion machen sollte, lässt weiter auf sich warten. Viele Kommunen treiben den Breitbandausbau zwar voran, aber von einem landesweit flächendeckenden schnellen Internet kann nicht die Rede sein.

Die Finanzverhandlungen mit den Kommunen sind nun kurz vor der Sommerpause endlich zu einem Ergebnis gekommen. Die gemeinsame Finanzkommission von Land und Kommunalverbänden haben sich nach zähem Ringen über ein Maßnahmenpaket von 1,6 Milliarden Euro geeinigt. Dass Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne) über ein Dreivierteljahr verstreichen ließ und damit den Kommunen keinerlei Planungssicherheit ermöglichte, ist absolut nicht nachvollziehbar. Es ist unverständlich, warum das Land bei einer derart anhaltend guten Kassenlage die Städte und Gemeinden so lange im Regen stehen

ließ. Schließlich sind sie es, die sich vor Ort um die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen kümmern, die die Inklusion von Menschen mit Behinderungen vorantreiben, ausreichend Kinderbetreuungsplätze und angemessen ausgestattete Schulen zur Verfügung stellen müssen.

Auch das von Grünen-Verkehrsminister Winfried Hermann propagierte neue Mobilitätskonzept lässt auf sich warten. Seine Verkehrspolitik zielt bisher hauptsächlich auf die Reduzierung des Individualverkehrs durch Fahrverbote ab, ohne dabei wirkliche Alternativen aufzuzeigen.

Und dem Ziel, endlich mehr und auch bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist die Landesregierung bisher kaum näher gekommen. Monatelange Auseinandersetzungen um Fahrradstellplätze und Dachbegrünungen haben die dringend notwendige Novellierung der Landesbauordnung unnötig hinausgezögert. Der nun getroffene Minimalkonsens kann dem eklatanten Wohnungsmangel im Land bei Weitem nicht gerecht werden.

Skandale und Intrigen um das grüne Regierungspersonal flankieren die desolate Situation. Ganz von der Hand zu weisen ist es sicher nicht, dass die Affäre um die internationale Abteilung im Stuttgarter Klinikum mit dem plötzlichen Ruhestandsersuchen von Staatsminister Klaus-Peter Murawski im Zusammenhang steht. Auch die Vorgänge an der Ludwigsburger Verwaltungshochschule um Wissenschaftsministerin Theresia Bauer werfen kein gutes Licht auf die Landesregierung.

Die herrschende inhaltliche Leere und Zerrissenheit in der Landespolitik befeuert die Politikverdrossenheit vieler Menschen im Land. Anstatt sich auf Machterhaltung und bloßes Verwalten zu beschränken, muss sich Grün-Schwarz endlich den dringenden Fragen stellen.

Ich wünsche Euch und Euren Familien und Freunden schöne und erholsame Sommerferien und für heute eine interessante Lektüre

Euer Andreas Stoch MdL

Inklusives Kommunalwahlrecht

In der 64. Sitzung am 13.06.2018 verabschiedete der Landtag nach Zweiter Lesung eine Gesetzesänderung kommunalwahlrechtlicher Vorschriften. Die SPD-Fraktion stimmte dem Gesetz nicht zu, sondern stellte einen Änderungsantrag, um Menschen mit Behinderungen zukünftig an Kommunalwahlen zu beteiligen.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Stickelberger, wirft der Landesregierung vor, Menschen mit Behinderungen bei ihrem Gesetzentwurf schlicht vergessen zu haben. Jetzt sei die Chance, das Wahlrecht entsprechend zu ändern und etwas für mehr Gleichstellung und politische Teilhabe zu tun. Das wäre ein echtes Signal für Menschen mit Behinderung. Stattdessen verstecke sich Grün-Schwarz hinter dem Bund und dem Bundesverfassungsgericht.

Die sozialpolitische Sprecherin der SPD, Sabine Wölfle, verweist darauf, dass ihre Fraktion bereits in der Ersten Lesung darauf gedrungen habe, ein inklusives Kommunalwahlrecht zu schaffen. Sie wirft Innenminister Strobl (CDU) vor, die Landesbehördenbeauftragte Stephanie Aeffner nicht am Gesetzgebungsprozess beteiligt zu haben. Das zeige, welchen niedrigen Stellenwert Menschen mit Behinderung für die Landesregierung haben.

Änderungsantrag der SPD: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksaachen/3000/16_3922_D.pdf

Evaluierung Polizeistruktureform

In der 66. Sitzung am 11.07.2018 diskutierte der Landtag gemäß eines Antrags der SPD-Fraktion den aktuellen Stand der Evaluierung der Polizeistruktureform.

SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch dankt dem früheren SPD-Innenminister Reinhold Gall für die Polizeistruktureform. Diese sei richtig gewesen und habe der Polizei die angemessene Struktur sowie ausreichend Mittel und Personal gegeben, um für die innere Sicherheit zu sorgen. Die Evaluierung zeige, dass die Polizei dadurch effektiver und schlagkräftiger auf die veränderten Herausforderungen reagieren könne. Kritisch sieht Stoch den chaotischen Umgang der Landesregierung mit den empfohlenen Maßnahmen der Evaluierung. Weder Zeitplan noch Kosten würden eingehalten. Die Erweiterung auf 13 Präsidien beruhe allein auf parteipolitischen Kalkül und treibe die Kosten auf insgesamt 200 Millionen Euro, ohne ein Mehr an Sicherheit zu erzielen. Stoch wirft Innenminister Strobl Intransparenz und unseriöses Handeln vor und fordert eine Neubewertung des 13er-Modells.

Diesel-Fahrverbote

In der 67. Landtagssitzung am 18.07.2018 stand das Thema Diesel-Fahrverbote auf der Tagesordnung. Die Aktuelle Debatte nutzte die SPD zur Generalkritik am Vorgehen der Landesregierung.

Für SPD-Fraktionschef Andreas Stoch steht fest, dass Fahrverbote von Anfang an das Ziel grüner Verkehrspolitik gewesen sind. Das zeigten der im April 2016 voreilig geschlossene Vergleich vor dem Stuttgarter Verwaltungsgericht und die Verpflichtung, das Verkehrsaufkommen am Neckartor um 20 Prozent zu senken. Stoch wirft der Landesregierung weiter vor, dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zuwider zu handeln. Dieses fordere die Verhältnismäßigkeit zwischen dem Nutzen der Maßnahmen und der dadurch herbeigeführten Belastungen für die Menschen. Ein Fahrverbot für Euro-4-Diesel erziele lediglich den Effekt, der ein Jahr später ohnehin allein durch die schrittweise Erneuerung der Fahrzeugflotte erreicht werde. Für eine geringe Absenkung der Stickoxide würden bei Fahrverboten 188.000 Fahrzeugbesitzer in der Region Stuttgart teilentzogen, weil sie ihr Fahrzeug nicht mehr nutzen können - vom Wertverlust der Fahrzeuge ganz zu schweigen. Das sei eine Politik gegen die Menschen im Land. Die SPD setze vielmehr auf eine schnelle Verbesserung des ÖPNV durch Ausbau und deutliche Preissenkungen. Zusätzlich müssten alle Diesel-Fahrzeuge, bei denen es technisch machbar und ökonomisch sinnvoll sei, nachgerüstet werden. Diese Lösung erziele den größten Effekt und dürfe nicht länger von der Bundeskanzlerin, der CDU/CSU und der Autoindustrie blockiert werden.

Landesbauordnung

In der 68. Sitzung des Landtags am 19.07.2018 stand die Landesbauordnung auf der Agenda.

Der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Daniel Born, kritisiert, dass immer noch keine neue Landesbauordnung vorgelegt wurde. Angesichts des akuten Wohnraum Mangels sei dies unverantwortlich. Die Politik müsse Planungs- und Rechtssicherheit herstellen. Stattdessen lasse Grün-Schwarz die Menschen im Regen stehen, die dringend Wohnraum brauchen und auch die, die bereit sind, welchen zu schaffen. Erstaunlich sei, dass das Umweltministerium nicht mehr an den aktuellen Gesprächen beteiligt ist. Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut schein bei diesem Thema ohnehin überfordert.

Die Forderungen der Wohnraumoffensive der SPD sind einsehbar unter:

<https://www.spd-landtag-bw.de/wp-content/uploads/1701-Standpunkt-Bezahlbarer-Wohnraum.pdf>

Ausstellung zum Giengener Kinderfest



Sowohl als Autor beim Buch „Geh aus mein Herz“ als auch als Redner zur Eröffnung der gleichnamigen Ausstellung zum traditionellen Giengener Kinderfest durfte ich als gebürtiger und leidenschaftlicher Giengener in diesem Frühjahr mitwirken. Das einzigartige, von Frau Dr. Antje Neuner-Warthorst ins Leben gerufene und von vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern unterstützte Projekt erzählt die Geschichte unseres Kinderfests und zeigt, welchen bedeutenden Platz es auch und gerade heute noch als integrationsstiftendes Erlebnis im Giengener Jahreskalender einnimmt.

Protest hat gewirkt: Brenzbahn wird früher elektrifiziert!

Gemeinsam mit meinem Ulmer Parlamentskollegen Martin Rivoir hatte ich mich mit einem Schreiben an Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) gewandt und gegen sein ursprünglich vorgelegtes Konzept zur Elektrifizierung des Schienennetzes in Baden-Württemberg protestiert. Zudem hatte die SPD-Landtagsfraktion diesbezüglich einen Antrag in den Landtag eingebracht, der dieses Elektrifizierungskonzept insgesamt kritisch hinterfragte. Der massive Protest, auch anderer Mandatsträger aus der Region, hat Wirkung gezeigt: Die Strecke zwischen Aalen und Ulm wurde daraufhin hochgestuft und soll nun statt erst in der dritten Tranche nach 2030 bereits in der zweiten Tranche bis 2025 vollumfänglich elektrifiziert werden. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt für den Aufbau der Regio-S-Bahn Donau-Iller getan. Die Benachteiligung unserer industriell bedeutenden Region konnte somit abgewandt werden. Allerdings muss mit der Elektrifizierung parallel auch der abschnittsweise zweigleisige Ausbau der Brenzbahn vorangetrieben werden. Beide Maßnahmen sind gleichermaßen dringend notwendig, um mehr Menschen zur Nutzung des öffentlichen Schienennahverkehrs zu bringen und damit unsere überfüllten Straßen zu entlasten.

Kreissenoren und SPD Sontheim besuchen den Landtag



Bei ihrem Besuch im Landtag konnten die Kreissenoren, die Genossen aus Sontheim und einige Jusos live miterleben, wie spannend Politik sein kann. Fast wäre es nicht zum obligatorischen Abgeordnetengespräch gekommen, weil sich die Wahl der Kandidaten für das Landesverfassungsgericht hinauszögerte. Die AfD-Kandidatin erreichte in der ersten geheimen Abstimmung nicht die nötige einfache Mehrheit, was normalerweise eine Formalität ist. Die Wahl wurde in der darauffolgenden Landtagssitzung fortgesetzt.

Motorradfrühling in Nattheim



Einer der beliebtesten Termine in meinem Kalender ist der traditionelle Motorradfrühling in Nattheim. Nach dem Gottesdienst in der Martinskirche geht's mit den Motorrädern auf einen gemeinsamen Corso. Und wie meistens war der Motorradfrühling auch in diesem Jahr wieder von bestem Wetter gesegnet.

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80 | Fax: 07321/ 4 00 42
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
Internet: www.andreas-stoch.de